

Kohle abwürgen: Die mutwillige Zerschlagung einer Industrie seitens der Obama-Administration

geschrieben von Marita Noon | 27. Januar 2016

Seit seinem Einzug in das Weiße Haus hat Obama bürokratische Waffen und administrative Agenturen herangezogen, um die Kohleindustrie Amerikas zu zerschlagen. Zwischen 2008 und 2012 gingen dem Wall Street Journal zufolge 50.000 Arbeitsplätze im Bereich Kohle verloren – diese Zahl wäre heute mit Sicherheit noch viel größer. West Virginia ist besonders hart getroffen worden, ist doch die Arbeitslosigkeit dort auf zweistellige Prozentzahlen gestiegen. Hinsichtlich der Verluste dieser Arbeitsplätze macht die Charleston Gazette-Mail „eine liberale Umweltpolitik verantwortlich, die den Rückgang der Kohle beschleunigt hat“ – was dazu führte, dass „hart arbeitende Männer und Frauen“ arbeitslos geworden sind.

Zusätzlich zu diesen Arbeitsplatzverlusten haben die Obama-Politik – wie etwa die Regional Haze Rule [etwa: Luftgüte-Vorschrift], die Mercury and Air Toxics Standards (MATS)-Vorschrift sowie der Clean Power Plan – „geholfen, die Schließung dutzender Kohlekraftwerke im ganzen Land zuwege zu bringen“, schreibt Politico. In einem Report aus dem November 2015 heißt es: „Über einer von fünf mit der Kohle in Zusammenhang stehenden Arbeitsplätzen sind während Obamas Präsidentschaft verschwunden, und viele große Kohlebergbau-Unternehmen in den USA haben jüngst angekündigt, dass sie demnächst Insolvenz anmelden würden“. Am 11. Januar ist mit Arch Coal der größte Domino-Stein gefallen, als dieses Unternehmen Insolvenz angemeldet hatte. Das Unternehmen folgt Walter Energy, Alpha Natural Resources sowie Patriot Coal corp., die allesamt im vorigen Jahr Insolvenz angemeldet hatten. James River Coal ging diesen Schritt im Jahre 2014. Das WSJ sagt dazu: „Über ein Viertel der US-Kohleerzeugung ist jetzt bankrott gegangen bei dem Versuch, einen Preisverfall von über 50% seit 2011 aufzufangen“. Als Folge „steht eine rekordhohe Zahl von Kohleminen zum Verkauf“, und die verbleibenden Arbeiter erhalten geringere Löhne. Im schwer gebeutelten West Virginia sind die Anfangsgehälter während der letzten paar Jahre um 50% gesunken: von etwa 40 Dollar auf 20 Dollar pro Stunde.

Im Jahre 2008 wurde Alpha Natural Resources, die 2015 Insolvenz angemeldet hatte, angeboten, einen Anteil zu 128 Dollar pro Aktie zu kaufen. Heute hat Alpha Fortune zufolge 8900 Mitarbeiter, aber deren Aktien sind wertlos. CNN Money meldet: „Seit der Amtsübernahme von Obama im Januar 2009 sind die Aktien vieler Kohleunternehmen um über 90% gefallen“.

Der jüngste Schlag der Obama-Administration gegen die Kohle war am 15. Januar die Ankündigung eines Moratoriums bzgl. der Verpachtung öffentlichen Landes für den Kohlebergbau. Bloomberg berichtet [Zahlschranke!]: „Etwa 40 Prozent der US-Kohle stammt aus Ländereien der

Regierung“. Die Ankündigung erfolgte nur ein paar Tage nach der Rede des Präsidenten zur Lage der Nation, in der er versprach, „die Art und Weise zu ändern, mit der wir unsere Kohle- und Ölreserven managen, so dass sie besser die Kosten reflektieren, die sie dem Steuerzahler und dem Planeten auferlegen“. Kurz gesagt, der Plan soll öffentliche Verpachtung zum Halten bringen, während das Innenministerium ein [übersetzt] „programmatisches Umwelteinfluss-Statement“ erarbeitet, von der die Agentur sagt, dass dies in drei Jahren abgeschlossen werden könne – obwohl Projekte der Regierung selten pünktlich eingehalten werden. Der Jahre lange Prozess wird öffentliche Begutachtung enthalten sowie Teilnahme unter dem National Environmental Policy Review Act. Als Folge hiervon wird erwartet, dass Unternehmen mehr zahlen müssen, um Kohle auf öffentlichem Land abzubauen.

Luke Popovich, Vizepräsident von External Communications for the American Mining Association, sagte mir: „Mit dem jüngsten Angriff dieser Vorschriften auf die Industrie hat Obama sein Vermächtnis unterstrichen, der einzige Präsident zu sein, der die Industrie systematisch zerschlägt, die mehr als jeder Andere dafür getan hat, dass die Energiekosten in Amerika zu den niedrigsten in der industrialisierten Welt gehören“.

Während unter den bestehenden Pachtverträgen weiter Bergbau betrieben werden kann und das Moratorium minimale Auswirkungen haben dürfte, nimmt das Interesse an Pachtverträgen ab mit den vielen Leasing-Verkäufen, die nur einen einzigen Bieter haben. Es sendet ein deutliches Signal hinsichtlich administrativer Attentate. In Erwiderung auf die Ankündigung vom 15. Januar hat Senatorin Lisa Murkowski von den Republikanern, Vorsitzende des Senate Energy and Natural Resources Committee, erklärt: „Falls es noch irgendwelche Fragen geben würde, ob die Obama-Administration die Absicht hat, Amerikas Kohleindustrie zu dezimieren, sollte dies diese Fragen beantworten“.

Bloomberg weist darauf hin, dass die Obama-Administration „vor zunehmenden Rufen von Konservativen steht, die verlangen, dass die neue Entwicklung bzgl. fossiler Treibstoffe durchkreuzt wird als Teil der ‚lasst-es-im-Boden-Entwicklung‘ – von der Murkowski sagt, dass dies ein „fehlgeleiteter“ Versuch ist, der lokale Ökonomien schädigt und die zukünftige Energieversorgung bedroht“.

In Wyoming, woher etwa 40% der national verbrauchten Kohle stammt, war die Reaktion auf die Ankündigung vom 15. Januar schnell. Der geschäftsführende Direktor der Wyoming Mining Association Jonathan Downing sagte: „Dies ist wieder einmal eine weitere Salve hinsichtlich der Bemühungen des Präsidenten, die Kohleindustrie zu töten. Er und seine Alliierten in der extremistischen Umweltbewegung wissen sehr genau, dass diese Maßnahme den Abbau heimischer Kohle unökonomisch machen wird, was bedeutet, dass die am reichlichsten vorhandene und zuverlässigste Quelle zur Stromerzeugung verschlossen wird“.

Die Kommentare von Gouverneur Matt Mead enthalten unter Anderem diesen harten Vorwurf: „Es könnte deutlicher nicht sein – tatsächlich ist es nur zu offensichtlich – dass diese Administration keine Freundin der Kohle ist, wenn sie rundweg erklärt, dass es in absehbarer Zukunft keine

neuen Kohle-Pachtverträge geben wird“. In seiner Presseerklärung schreibt er: „Die Kohleproduzenten in Wyoming zahlen: Mineralabgaben, Produktionssteuer, aufgegebenes Land für den Bergbau, Steuer auf Lungenkrebs, Eigentum je nach Wert, Produktion je nach Wert sowie Leasing-Abgaben. Die Industrie hat eine effektive Steuerrate von 40%. All diese Einkommens-Ströme gehen auf verschiedenen Wegen an die Öffentlichkeit“.

Senator John Barasso (Republikaner, aus Wyoming) veröffentlichte dieses Statement: „Wenn das ländliche Amerika sagt, dass Präsident Obama für deren Leben und Lebensweisen Verachtung übrig hat, meint es Entscheidungen wie die Ankündigung vom 15. Januar. Ein Moratorium öffentlicher Kohleverpachtung sendet ein Kündigungsschreiben an die tausende Menschen in Wyoming und anderswo im Westen, die in der Kohleproduktion beschäftigt sind“.

Wyoming ist nicht der einzige Staat des Westens, der die Auswirkungen spürt. Nach der Ankündigung des Innenministeriums veröffentlichte der Kongress-Abgeordnete Kevin Cramer (Republikaner, aus North Dakota) dieses Statement: „Diese eingebrachten Vorschriften sind ein Versuch dieser Administration, die Industrie zu zerschlagen auf ihrem Weg zum Krieg gegen die Kohle. Es gibt Pachtanträge in North Dakota, die vom Bureau of Land Management begutachtet werden, und als eine Folge des angekündigten Stillstand des Leasing-Programms werden sie wohl nicht genehmigt. Mit den etwa 15% der Kohle aus North Dakota, die als von öffentlichem Land stammend klassifiziert wird, wird das restriktiver gemachte öffentliche Kohle-Programm sehr teuer werden und ist ultimativ geeignet, eine Mine ökonomisch unwirtschaftlich zu machen“.

Während das Moratorium „der Abwärts-Trajektorie der Industrie kräftigen Rückenwind verleiht“, wie es der Chef-Herausgeber von WyoFile ausdrückt, hat der Anti-Fossile Treibstoffe-Mob einschließlich des Miliardärs Tom Steyer laut Hurra! geschrien. Senator Ed Markey (Demokraten, Maryland) hat eine Gesetzgebung eingeführt, die den Kohlebergbau auf öffentlichem Land insgesamt verbieten würde.

Das ist der multi-frontale Angriff der Administration: Kein Gerangel ist zu gering; keine Agentur ist zu weit entfernt von der Linie, um nicht involviert zu werden. Jeder denkbare Angriff kann organisiert werden. Beispiel: Am 22. Januar wird die US- Commission on Civil Rights über „die Verlängerung ihres gesetzlich festgeschriebenen Report-Projektes zur Umweltgerechtigkeit“ informieren. Der Presseerklärung zufolge wird sich das von 9 Uhr bis 17.45 Uhr dauernde Treffen „auf die Implikationen auf die Bürgerrechte hinsichtlich der Positionierung der Kohle-Asche-Halden nahe kleiner Ortschaften und solcher mit geringem Einkommen“ konzentrieren. Der Vorsitzende der Kommission Martin R. Castro erklärte: „wir beabsichtigen, die Implikationen auf die Bürgerrechte zu beleuchten, die sich aus der Ablagerung giftiger Kohle-Asche ergeben, ebenso wie andere Umweltbelange bei Gemeinden, die am meisten des Schutzes bedürfen“.

Kohleasche wird häufig recycelt und ist eine wichtige Komponente bei der Herstellung von Beton, Ziegelsteinen und Trockenmauern. Dessen Verwendung wird durch grüne Bauherren empfohlen. Tatsächlich wurde

Kohleasche enthaltener Beton beim Bau der EPA-Zentrale in Washington D.C. verwendet.

Teilnehmer an dem Treffen der Zivilrechte-Kommission waren u. A. die EPA-Direktorin des Zivilrechte-Büros Velveta Golightly Howell und der stellvertretende Direktor des Büros für Umweltgerechtigkeit Mustafa Ali. Anwesend waren außerdem Repräsentanten von Earth Justice, Waterkeepers Alliance und Southern Alliance for Clean Energy.

Die US-Zivilrechte-Kommission ist dem Vernehmen nach eine „unabhängige, unparteiische Agentur, deren Aufgabe es ist, den Präsidenten und den Kongress in punkto Zivilrechte zu beraten“.

Während Präsident Obama gegenwärtig das Sagen hat, wird sich die Schlacht noch intensivieren, falls Hillary Clinton gewählt wird, gehen doch ihre Pläne noch hierüber hinaus.

Während ihrer Kampagne im Jahre 2008 versuchte sie, den Kohleunternehmen zu helfen in Gestalt von „Anreizen für sie, die Erzeugung sauberer zu gestalten“. Aber die Huffington Post beschreibt ihre wahren Absichten, wenn sie Clintons 30 Milliarden Dollar-Plan anspricht, mit dem Gemeinden geholfen werden soll, in denen durch absichtliche Angriffe auf die Kohleindustrie Arbeitsplätze verloren gegangen waren: „Ihr neuer Vorschlag entfernt Kohle-Gemeinden erheblich von der Industrie, die ihre Ökonomie nahezu ein Jahrhundert lang beherrscht hatte“.

Im Austausch für ökonomische Verluste werden Kohle-Gemeinden leiden durch die „grüne Ökonomie, die ihr vorschwebt“. Das WSJ sagt, dass ihre „Programme eine Mischung sind aus amtlicher Unterstützung für den Neuaufbau von Kohle-Gemeinden und Hilfen für Arbeiter, die von den Verschiebungen der Energie-Ökonomie betroffen sind“.

„Hart arbeitende Männer und Frauen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, wollen jedoch kein Almosen von eben jener Regierung, die sie aus ihrer Arbeit gejagt hat“. Die Gazette Mail schreibt: „Mit Sicherheit wollen die Allermeisten die gut bezahlten Arbeitsplätze wieder einnehmen, aus denen sie hinausgezwungen worden sind“.

Bergbau-Gemeinden lassen sich durch diesen Plan nicht zum Narren halten und sehen ihn als „nichts weiter als ein Almosen“ und nennen es einen Versuch, „ihre Unterstützung zu kaufen“. John Stilley, Präsident von Americoal Mining in Pennsylvania witzelte: „Wir wollen kein regierungsamtliches Geld für die Weiterbildung für neue Arbeitsplätze, die halb so hoch sind wie unsere gegenwärtige Gehälter“. Ed Yankovich zufolge, Vizepräsident der Bergarbeiter-Gewerkschaft für die Region Pennsylvania und den Nordosten, „haben die Maßnahmen von Präsident Obama jene vor den Kopf gestoßen, die allgemein in der Industrie arbeiten“. Er sagte Politico: „Die Menschen sehen diese Herrschaften an und sagen, ‚sie haben uns vollständig aufgegeben, so als ob wir gar nicht in Amerika wohnen‘. Und darin steckt viel Bitterkeit“.

Der Angriff auf die Kohleindustrie erfreut wohlhabende progressive Geldgeber, und dann werden die Steuergelder aller Amerikaner für die Weiterbildung verwendet mit dem Ziel, sich die Unterstützung der Arbeiter zu kaufen, die bisher gut bezahlte Arbeitsplätze innehatten – und alles gleichzeitig mit dem Anschlag auf die Taschen all jener gleichen Amerikaner, wenn Kohlekraftwerke schließen und teure

Erneuerbare die Strompreise in den Himmel schießen lassen.
Das ist die Art und Weise, mit der Obama absichtlich die Kohle tötet.

Übersetzt von Chris Frey EIKE